

Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung

Claudia Ritzi

1. Einleitung

»The world that we have to deal with politically is out of reach, out of sight and imagined«, schrieb der amerikanische Publizist und Politologe Walter Lippmann in seinem 1922 veröffentlichten Buch »Public Opinion« (Lippmann 1997, 18) – also zu einer Zeit, als Radios noch seltene Luxusgüter waren, das Fernsehen gerade erst erfunden wurde und die Entwicklung des Internets in weiter Ferne lag. Indem sie die – schon damals – individuell unfassbare Vielfalt potentiell politischer Informationen sammelten, filterten, bündelten und sie einer breiten Personengruppe zur Verfügung stellten, wurden die Massenmedien als Vermittler zwischen politischem Entscheidungszentrum und Bevölkerung spätestens ab dem 20. Jahrhundert zu zentralen Akteuren des gesellschaftlichen Lebens.

Da Demokratie unmittelbar von der Qualität der politischen Öffentlichkeit abhängt, erlangten die Massenmedien somit großen Einfluss auf die politischen Belange einer Gemeinschaft (Ritzi 2014). Zwar ist die politische Öffentlichkeit bei weitem nicht der einzige Faktor, der die Qualität einer Demokratie bestimmt, doch in dem Maße, in dem es ihr gelingt, umfassende und zuverlässige »pictures of the world beyond their [the people's, Anm. C. R.] reach« (Lippmann 1997, 19) zu zeichnen, trägt sie wesentlich zu legitimer politischer Entscheidungsfindung bei (vgl. auch Marx Ferree et al. 2002).

Die Untersuchung und Diskussion der normativen Qualität demokratischen Handelns und demokratischer Institutionen zählt deshalb zu den zentralen Gegenständen der politischen Theoriebildung und empirischen Demokratieforschung. Angesichts des gravierenden Wandels der Konstitution politischer Öffentlichkeit in Folge der Etablierung digitaler Technologien, gilt es aktuell vor allem zu analysieren, ob und inwiefern die Ergänzung der im 20. Jahrhundert wesentlich massenmedial gespeisten Öffentlichkeit durch die so genannten »neuen Medien« mit einem Wandel ihrer Funktionalität einhergeht.

Ohne Zweifel ist der Umfang der für die BürgerInnen zugänglichen Informationen gravierend gestiegen: über Druckseiten vorgegebene Platzbeschränkungen

sind beispielsweise im Internet obsolet, Blogs und Web 2.0-Anwendungen bieten AutorInnen freien Zugang zu öffentlichen Informationsangeboten und kollaborative Plattformen wie Wikipedia bündeln Wissensbestände mit hoher Aktualität. Nicht zuletzt Habermas' (1990 [1962]) Ausführungen über den Strukturwandel der Öffentlichkeit im 19. Jahrhundert zeigen jedoch auf, dass es Diskrepanzen zwischen dem Umfang und der demokratischen Qualität politischer Öffentlichkeit geben kann. Vor diesem Hintergrund analysiert der vorliegende Beitrag den »neuen Strukturwandel« (Ritzi 2014, 209ff.) der Öffentlichkeit, der in engem Zusammenhang mit der Etablierung digitaler Technologien steht.

Dazu wird in Abschnitt 1 zunächst der Begriff der politischen Öffentlichkeit geklärt und es werden die Funktionen politischer Öffentlichkeit in verschiedenen Demokratietheorien identifiziert und erörtert.¹ Abschnitt 2 stellt drei normative Modelle von Öffentlichkeit vor. In Abschnitt 3 werden vor dem Hintergrund dieser drei Modelle Veränderungen, die als charakteristisch für die politische Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter betrachtet werden können dargestellt und diskutiert. Auf dieser Grundlage erfolgt im letzten Abschnitt des Beitrags ein Fazit (Abschnitt 4).

2. Politische Öffentlichkeit in der zeitgenössischen Demokratietheorie

Der Terminus Öffentlichkeit ist in einem Wortfeld beheimatet, das durch die Begriffe Demokratie, Bürger, Politik, (Rechts-)Staat und Meinung gekennzeichnet ist (Gerhards 1998a, 25; Peters 2007, 55). Als »politische« Öffentlichkeit bezeichnet Gerhards »ganz allgemein [...] den Teil an politischen Handlungen, der in der massenmedialen Öffentlichkeit, nach den Regeln des Öffentlichkeitssystems selektiert, für das politische System beobachtbar ist« (Gerhards 1994, 97). Als spezifischer Teil der Öffentlichkeit weist der Begriff der politischen Öffentlichkeit – eine Ausnahme stellen die systemtheoretischen Analysen von Niklas Luhmann dar – häufig eine normative Prägung auf: Er ist verbunden mit Fragen danach, wie politische Öffentlichkeit beschaffen sein soll und nach welchen Kriterien man ihre Güte beurteilen kann (Gerhards 1998a, 25; Jarren/Donges 2011, 96).

Der Terminus Öffentlichkeit wird im Deutschen in drei Weisen gebraucht (Peters 2007, 55f.):² Erstens kann er in Abgrenzung zum Begriff der »Privatheit« der Beschreibung von sozialen Handlungs- und Verantwortungsbereichen dienen. Während »private« Angelegenheiten vor staatlichen Eingriffen geschützt werden sollen, verlangen »öffentliche« Angelegenheiten Publizität und Kontrolle. In einer zweiten Verwendung wird »öffentliche« mit den Gegenbegriffen »privat« und

1 Für eine längere Fassung der Ausführungen in den Abschnitte 1 und 2 vgl. Ritzi 2014.

2 Ähnliches gilt für den Begriff »public« im Englischen: Auch hier finden sich die Differenzierungen zwischen public-privat, public-secret und es ist die Rede von der »public sphere«.

»geheim« verbunden, wobei eine soziale Grenzziehung im Bereich von Kommunikation und Wissen angestrebt wird. Der »dritte Sinn« von Öffentlichkeit nimmt laut Peters Elemente der beiden ersten Begriffsverwendungen auf und verknüpft sie mit zusätzlichen normativen Gehalten: »Öffentlichkeit bezeichnet hier eine Art Kollektiv mit einer bestimmten Kommunikationsstruktur oder eine Sphäre kommunikativen Handelns mit bestimmten anspruchsvollen Merkmalen und Funktionen« (Peters 2007 [1994], 56).

Dieser dritten Verwendungsweise kommt im Kontext der politikwissenschaftlichen Forschung die größte Bedeutung zu, wenngleich die Frage der Abgrenzung von Öffentlichem und Privatem im Kontext der Debatte um Informations- und Persönlichkeitsrechte im digitalen Raum ebenfalls zu einer intensiven Debatte geführt hat (Rössler 2001; Ritzi 2017).

Für Habermas entsteht Öffentlichkeit immer da, wo mindestens ein/e SprecherIn vor einem Publikum kommuniziert, dessen Grenzen er/sie nicht bestimmen kann. »Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben« (Habermas 1992, 436), definiert Habermas in »Faktizität und Geltung«. Neben dem Vorhandensein von sprachlicher Kommunikation ist »die prinzipielle Unabgeschlossenheit des Publikums« (Habermas 1990, 98) konstitutiv für Öffentlichkeit.

Auch Neidhardt betont die Aspekte der Offenheit und des kommunikativen Austausches: »Öffentlichkeit erscheint als ein offenes Kommunikationsforum für alle, die etwas sagen oder das, was andere sagen, hören wollen« (Neidhardt 1994, 7). Jürgen Gerhards schließt sich dieser Definition an, hebt jedoch durch die Verwendung des Plurals die Vielfältigkeit der Öffentlichkeit hervor: »(Politische) Öffentlichkeit besteht aus einer Vielzahl von Kommunikationsforen, deren Zugang prinzipiell offen und nicht an Mitgliedschaftsbedingungen gebunden ist und in denen sich individuelle und kollektive Akteure vor einem breiten Publikum zu politischen Themen äußern« (Gerhards 1998b, 694).

Die politische Öffentlichkeit ist stets an Handlungen gebunden und sie ist, im Unterschied zu demokratischen Institutionen wie beispielsweise Parlamenten oder Parteien, keine *stabile* Institution. Öffentlichkeit wird trotz der durch das Mediensystem gewährleisteten Kontinuität fortlaufend von verschiedenen Akteuren und in veränderlichen Akteurskonstellationen hergestellt und erneuert. Diese Variabilität wird im so genannten »digitalen Zeitalter« besonders sichtbar und deutlich (vgl. Abschnitt 3). In der Politikwissenschaft wird Öffentlichkeit daher nicht nur als Kommunikationsnetzwerk bezeichnet, sondern häufig mit der Metapher der Sphäre beschrieben (vgl. u.a. Habermas 1990 [1962]; Weßler/Wingert 2007, 21; Peters 2007, 208). In dieser Sphäre zirkulieren die öffentlichen Diskurse, sie sind stets in Bewegung, sie werden von vielfältigen Akteuren gelenkt, sind aber für keinen von ihnen (in Gänze) steuerbar.

Zu den Akteuren der Öffentlichkeit zählen nicht nur jene, die sich in der Öffentlichkeit artikulieren, sondern auch das breite Feld der meist passiven Rezipienten. Als besonders einflussreiche Sprechergruppen identifiziert Peters politische RepräsentantInnen, die beispielsweise im Namen der Mitglieder eines bestimmten Verbandes oder einer sozialen Bewegung sprechen, ExpertInnen, die aufgrund wissenschaftlicher oder technischer Sonderkompetenzen in die Öffentlichkeit treten, AdvokatInnen, die im Namen bestimmter Gruppierungen sprechen, Intellektuelle, denen von der Gesellschaft eine besondere (meist moralische) Autorität zuerkannt wird, und JournalistInnen (Peters 2007: 145ff.). Die Gruppe der JournalistInnen formuliert unter den Bedingungen der massenmedialen Öffentlichkeit in der Regel die meisten Beiträge (Peters/Schultz/Wimmel 2007 [2004], 212ff.). In politischen »Versammlungsöffentlichkeiten« hingegen dominieren die RepräsentantInnen bestimmter Parteien oder Interessenvertretungen.

Von der Öffentlichkeit zu differenzieren ist die »öffentliche Meinung«. Letztere kann als Produkt von Kommunikationen aus der Öffentlichkeit hervorgehen, sofern sich im öffentlichen Diskussionsprozess eine herrschende Meinung bildet (Sarcinelli 2011, 64). Mit Luhmann gesprochen, ist öffentliche Meinung das Ergebnis von Filterleistungen und wird in Demokratien »für den Funktionsbereich der Politik zum Wahrheitsäquivalent« (Luhmann 2000, 280). Den Uniformitätszwang, den öffentliche Meinung im Gegensatz zum offeneren Begriff der Öffentlichkeit ausübt, hat Elisabeth Noelle-Neumann in ihrer Theorie der Schweigespirale beschrieben. Für sie gründet die Entstehung von öffentlicher Meinung auf dem »unbewusste[n] Bestreben von in einem Verband lebenden Menschen, zu einem gemeinsamen Urteil zu gelangen, zu einer Übereinstimmung, wie sie erforderlich ist, um handeln und wenn notwendig entscheiden zu können« (Noelle-Neumann 2002, 393). Die Theorie der Schweigespirale wurde vielfach empirisch untersucht und in der Mehrzahl der Studien widerlegt. Die Mechanismen und Effekte der Bildung einer öffentlichen Meinung stellen bis heute ein wichtiges Forschungsfeld dar – dieses konstituiert jedoch nur einen (kleinen) Aspekt der politischen Öffentlichkeitsforschung.

3. Funktionen politischer Öffentlichkeit in der Demokratie

Unabhängig davon, welche normativen Ansprüche im Einzelnen an sie gestellt werden: Die Ermöglichung und Herstellung von Legitimität stellt die zentrale, »demokratiefunktionale« (Ingold 2017) Aufgabe der Öffentlichkeit dar. Denn

»Legitimität als eine demokratietheoretische Fundamentalkategorie politischer Kommunikation knüpft den Geltungsanspruch politischer Herrschaft an eine kommunikative Begründungsleistung. [...] Somit sind Öffentlichkeit und Kom-

munikation eine notwendige, keineswegs aber hinreichende Bedingung von Legitimität.« (Sarcinelli 2011, 89f.)

Wo Macht, wie in der Demokratie, begründungs- und zustimmungspflichtig ist, ist sie auf eine öffentliche Sphäre angewiesen, in der sich jene Akteure Gehör verschaffen können, die Macht innehaben oder erlangen möchten. Auch die ›Herrschaft des Volkes‹ ist nur dann gewährleistet, wenn die BürgerInnen Zugang zu einem kommunikativen Netzwerk haben, über das sie ihre Probleme, Interessen und Präferenzen artikulieren können: »Democratic theory focuses on accountability and responsiveness in the decision-making process; theories of the public sphere focus on the role of public communication in facilitating or hindering this process« (Marx Feree et al. 2002, 289).

Neidhardt differenziert drei Funktionen von Öffentlichkeit: Er betrachtet Öffentlichkeit als ein Kommunikationssystem, »in dem Themen und Meinungen (a) gesammelt (Input), (b) verarbeitet (Throughput) und (c) weitergegeben (Output) werden« (Neidhardt 1994: 8). Auf der ersten Stufe ist das Kriterium der Offenheit entscheidend: »Öffentlichkeit soll offen sein für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für alle Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung« (ebd.). In dem Maße, indem dies gewährleistet sei, könne Öffentlichkeit die Funktion der Herstellung von Transparenz erfüllen. Auf der zweiten Prozessstufe (Throughput) erfüllt Öffentlichkeit eine »Validierungsfunktion«, hier werde entschieden, welche Ansprüche vom politischen System als relevant oder gerechtfertigt betrachtet werden (ebd.). Und auf der Ebene des Outputs wird der Öffentlichkeit von Neidhardt eine »Orientierungsfunktion« zugeschrieben, da sie es den BürgerInnen ermögliche, die Autorität der Akteure des politischen Zentrums zu stärken oder zu hinterfragen.

Andere AutorInnen ergänzen diese Liste um die ebenfalls auf der Output-Ebene angesiedelte »Kontrollfunktion« und um die auf der Input-Ebene zu verortende »Informationsfunktion« (Peters 2007 [1994], 62ff.). Kurt Imhof fügt die »Integrationsfunktion« hinzu, da nur in der politischen Öffentlichkeit »das, was wir nicht anders als immer auch in politischem Sinne ›Gesellschaft‹ nennen können,« beobachtet und gestaltet werden könne (Imhof 2008, 72). Zudem ergänzt er die »politisch-rechtliche« Funktion, da in der Öffentlichkeit die Geltungsbereiche von Recht und Ordnung definiert würden (ebd.; Lang 2001).

Im Kontext der Foucault'schen Macht- und Diskursanalyse sowie in der radikalen Demokratietheorie kommt der politischen Öffentlichkeit zudem eine »Politisierungs- bzw. Subjektivierungsfunktion« zu, das heißt, in der Öffentlichkeit werden die Menschen zu politischen, handelnden Subjekten. Politisierung, Subjektivierung und Demokratie gehen in dieser Denkschule Hand in Hand. Erst durch den Eintritt eines Individuums in eine geteilte »Sphäre« entsteht die Möglichkeit der Konfrontation verschiedener Weltanschauungen, Interessen,

Ansprüche und Meinungen und der Teilhabe am Politischen. Die Öffentlichkeit ist in dieser Perspektive also nicht nur eine Bedingung für Demokratie, sondern die Grundlage des Politischen schlechthin. Inwiefern die Politisierungsfunktion erfüllt wird, hängt wesentlich vom Grad der Offenheit der politischen Öffentlichkeit ab.

Je nachdem, ob und welches Gewicht den genannten Funktionen zugeschrieben wird, kann man zwischen verschiedenen normativen Modellen von Öffentlichkeit unterscheiden, die charakteristisch für unterschiedliche Strömungen in der Demokratietheorie sind (Neidhardt 1994; Peters 2007 [2002], 187ff.). Drei zentrale Modelle sind das liberale Spiegelmodell von Öffentlichkeit, das diskursive Modell und das politisierende Modell von Öffentlichkeit (Ritzi 2014, 180ff.).

4. Die demokratische Qualität politischer Öffentlichkeit

Für Jarren und Donges (2011, 96) ist Öffentlichkeit »nicht vorrangig ein beschreibbares, empirisches Phänomen, sondern ein normatives Postulat und damit ein anzustrebender Zustand« (ebd., Herv. im Original). Zwei solcher grundlegenden »Postulate« werden in der Regel in der Literatur unterschieden: das liberale Spiegelmodell von Öffentlichkeit und das maßgeblich von Jürgen Habermas im Kontext der deliberativen Demokratietheorie ausformulierten diskursive Modell von Öffentlichkeit (Neidhardt 1994; Gerhards 1997; Gerhards/Rucht 1998). Mit der Etablierung der »radikalen Demokratietheorie«, die vor allem von TheoretikerInnen aus dem französischen Sprachraum entwickelt wurde (Comtesse et al. 2019), hat eine andere Denkschule in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, die ebenfalls eine spezifische Konzeption von Öffentlichkeit impliziert. Auch das Modell politisierender Öffentlichkeit wird daher in den folgenden Überlegungen berücksichtigt.

Zentrale Bezugspunkte des *Spiegelmodells von Öffentlichkeit* bilden liberale Konzepte der Demokratietheorie (vgl. bspw. Ackerman 1989; Rawls 1993) und systemtheoretische Überlegungen (Luhmann 1990, 2000, 2010). In beiden Theorietraditionen wird in der Herstellung von Transparenz der entscheidende Beitrag der politischen Öffentlichkeit zum Gelingen der Demokratie gesehen (Neidhardt 1994, 9; Marcinkowski 1993, 46ff.). Die in der Gesellschaft vorhandene Vielfalt an Akteuren und Meinungen soll sich in der Öffentlichkeit widerspiegeln – jedenfalls sofern die Akteure dies wünschen. Ob und inwiefern die BürgerInnen sich auf den »Marktplatz der Ideen« begeben, bleibt ihnen jedoch überlassen. Ein hoher Anteil an aktiven BürgerInnen wird im liberalen Paradigma nicht als erforderlich (und teilweise nicht als wünschenswert) angesehen, da intensives Engagement das politische System stark fordert und viele Ressourcen bindet (Martinsen 2009, 47).

Bruce Ackerman (1989) argumentiert in seinem Aufsatz »Why Dialogue?«, dass unterschiedliche Gruppen in einer Gesellschaft in der Regel unterschiedliche prä-

politische Vorstellungen zu zentralen politischen Fragen haben können. Es gebe keinen Bezugspunkt, von dem aus ein Konsens zwischen den Positionen erreicht werden könne. Folglich sei die Erwartung des Konsenses oder der Herauskristallisierung einer öffentlichen Meinung – wie sie im Rahmen der Validierungs- oder Orientierungsfunktion beschrieben werden – unrealistisch. Auf der Basis der Erfahrung einer öffentlichen Debatte können die Akteure jedoch in Erfahrung bringen, in welchen Punkten sie (nicht) übereinstimmten und wie sie Kompromisse erzielen können (Ackerman 1989, 19ff.).³

Anders wird dies im Kontext des *diskursiven Modells von Öffentlichkeit* gesehen, welches z.T. auch als »Partizipationsmodell« (Gerhards/Neidhardt/Rucht 1998, 37; Peters 2007 [2002], 190) bezeichnet wird. In diesem Modell kommt der Kommunikation des demos besondere Bedeutung zu: durch eine möglichst breite Beteiligung der BürgerInnen an der Öffentlichkeit sollen Konsens generiert und eine enge Rückbindung der gesellschaftlichen Interessen an die politischen Institutionen gewährleistet werden.

Habermas und Peters differenzieren zwischen dem »Zentrum« und der »Peripherie« des politischen Systems (Peters 1993; Habermas 1992). Das Zentrum besteht aus der Verwaltung, der Regierung, dem Gerichtswesen, dem parlamentarischen Komplex und den Parteien. Zu den Akteuren der Peripherie zählen neben organisierten Verbänden auch Interessengruppen, kulturelle Einrichtungen, die Kirchen und karitative Verbände. Hinzu kommt die »Zivilgesellschaft«, zu der Habermas vor allem spontan gebildete Assoziationen von gering organisierten, informellen Akteuren zählt (Gerhards 1997, 5).

Die politische Öffentlichkeit wird im diskursiven Modell an der Inputseite der Peripherie verortet, also zwischen der Zivilgesellschaft und dem Zentrum der Politik. Im normativen Ideal ist sie erstens dadurch bestimmt, dass sie von Akteuren aus der Peripherie beherrscht wird, vor allem von Akteuren der Zivilgesellschaft bzw. von den BürgerInnen selbst. In diesem Fall spricht Habermas von »autochtoner Öffentlichkeit«. Eine »vermachtete Öffentlichkeit« wird hingegen bestimmt durch Akteure des Zentrums bzw. der Output-Peripherie. Die Differenzierung zwischen autochtoner und vermachteter Öffentlichkeit basiert auf der Annahme, dass sich die Akteure der Peripherie anders kommunikativ verhalten als die Akteure des Zentrums: Während vor allem zivilgesellschaftliche Akteure als unbefangene, am Gemeinwohl orientierte Diskursteilnehmer konzeptionalisiert werden, gelten Akteure des Zentrums als eingespannt in Restriktionen ihrer Rollendefinitionen, die

3 Manche AutorInnen aus dem Kreis der liberalen Demokratietheorie betonen darüber hinaus die Bedeutsamkeit nicht-öffentlicher Räume (»nonpublic spheres«). So ist politische Legitimität beispielsweise für John Rawls (1993) nicht nur das Ergebnis von Öffentlichkeit, sondern basiert auch auf dem Ausschluss bestimmter Lebensbereiche aus der öffentlichen Sphäre u.a. das kirchliche, universitäre und das familiäre Leben (Rawls 1993, 220f.).

Ideologien ihrer Parteien und persönliche Interessen (Habermas 1992, 370). Folglich wird in diesem Modell erwartet, dass das Rationalitätsniveau mit dem Anteil der zivilgesellschaftlichen Akteure steigt und dass »wahre« Deliberation nicht möglich ist, wenn der Anteil der Zentrumsakteure an der öffentlichen Kommunikation zu hoch ist.

Außerdem ist das diskursive Modell von Öffentlichkeit durch die Art und Weise charakterisiert, wie kommuniziert wird. Alle BürgerInnen sollen dieselben Teilnahmemechanismen und den gleichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung haben und sich gegenseitig als gleichberechtigte DiskursteilnehmerInnen anerkennen. Die diskursive Arena soll also frei von Machtdifferenzen sein. Darüber hinaus fordert das Diskursmodell »komplexe, argumentativ begründete und dialogische Kommunikationen« (Peters 2007 [2002], 195). Die in den Diskurs eingebrachten Themen und Positionen sollen in der Öffentlichkeit begründet werden, zudem ist das Ziel der Deliberation die gegenseitige Überzeugung und nicht die Überredung oder Aushandlung (siehe Kersting 2019 in diesem Band, Kersting 2005, 2017).

Aus dem Ziel der gegenseitigen Überzeugung folgt – zumindest für Habermas – auch das dritte charakteristische Merkmal diskursiver Öffentlichkeit, das sich auf die Effekte und Resultate des öffentlichen Diskurses bezieht: Während aus vermachten Öffentlichkeiten lediglich »administrativ erzeugte Macht« und »Massenloyalität« für Entscheidungen des politischen Zentrums resultierten (Gerhards 1997, 7), sei als Resultat einer Deliberation in der autochthonen Öffentlichkeit eine konsensuale Entscheidung oder zumindest eine »diskursiv abgeschliffene Mehrheitsmeinung« (ebd.) zu erwarten, die den Anspruch erheben könne, eine von den Bürgern legitimierte Entscheidung zu sein und die daher die Validierungsfunktion in einem anspruchsvollen Sinne erfülle (Habermas 1992, 371). Wenn nicht zu Konsens, so führen öffentliche Diskurse in der politischen Praxis mindestens zur Sichtbarkeit von Dissens und zur Problematisierung verschiedener Standpunkte.

Das dritte *Modell politischer Öffentlichkeit* resultiert aus expliziter Kritik an der »entpolitisierenden« Wirkung der deliberativen Konsensorientierung einerseits und an der liberalen Offenheit gegenüber ökonomisch geprägten Macht- und Einflussstrukturen andererseits. Die radikale Demokratietheorie strebt eine Integration und Partizipation allerjenigen an, die in einem politischen Kollektiv leben bzw. die von einer politischen Entscheidung betroffen sind und betrachtet die Integration in das öffentliche Leben als konstitutiv für den Status eines Subjekts und die Entstehung des Politischen. Dass dieses Modell in theoretischen Arbeiten zu politischer Öffentlichkeit bislang ein Schattendasein fristet und in einschlägigen Publikationen kaum Erwähnung findet (siehe bspw. Martinsen 2009; Imhof 2008; Jarren/Donges 2011), mag daran liegen, dass der praktische Ertrag der Arbeiten radikaldemokratischer AutorInnen häufig gering ist. Vor allem die subjekttheoretischen Grundlagen der Arbeiten zur radikalen

Demokratietheorie sind abstrakt, was die Übertragung auf die politische Praxis erschwert. Angesichts des Bedeutungsverlusts etablierter Parteien und des hohen Mobilisierungs-, Innovations- und Thematisierungspotentials digitaler Medien, erscheint es jedoch dennoch sinnvoll, sich verstärkt mit radikaldemokratischen Ansätzen bzw. »Interventionen« (Flügel et al. 2004, 7) auseinanderzusetzen, die »das Politische« bzw. die Demokratie »nicht mehr als fixes Ensemble von Institutionen, als gesellschaftliches Teilsystem oder als Staat« (ebd.) begreifen, »sondern nur noch als konstitutiv umkämpftes Terrain, dessen Grenzen immer wieder neu ausgehandelt werden müssen« (ebd.).

So »gibt uns die diskurstheoretische Reformulierung der Hegemonietheorie Gramscis die analytischen Instrumente an die Hand, um hegemoniale Formationen angemessen beschreiben zu können, denn als Diskursttheorie geht sie weder von überkommenen Ebenenunterscheidungen noch von der essentialistischen Annahme präkonstituierter politischer Subjekte aus, ist doch die Identität dieser Subjekte so wie die Struktur hegemonialer Formationen selbst Produkt diskursiver Artikulation, nicht umgekehrt« (Marchart 2007, 109).

Öffentlichkeit dient in der radikaldemokratischen Perspektive nicht nur der Spiegelung hegemonialer Strukturen bzw. Machtverhältnisse, sondern auch der Konstitution politischer Subjekte und somit der Politisierung. Werden bestimmte Bevölkerungsteile direkt oder indirekt von der Möglichkeit ausgeschlossen, sich gesellschaftliches Gehör zu verschaffen, so kann dies als Indikator für eine Entpolitisierung bzw. Postdemokratisierung gedeutet werden.

Die Kriterien der Offenheit und Gleichheit spielen in der radikalen Demokratietheorie eine fundamentale Rolle. Offenheit bezieht sich nicht nur auf thematische Offenheit, deren Notwendigkeit schon aus dem Verständnis von Demokratie als unendliche Aufgabe bzw. als Unterbrechung der »Ordnung und Distribution von Körpern in der Gemeinschaft« (Rancière 1996, 125; Comtesse/Meyer 2011, 72ff.) resultiert, sondern legt besonderes Gewicht auf die Dimension der Teilhabe. »Nun ist das Eigene des politischen Dissens aber, dass die Partner nicht festgesetzt sind und auch nicht der Gegenstand und die Bühne der Diskussion« (Rancière 2008, 36). Inhaltlich bezieht sich das Kriterium der Offenheit auch auf den Einfluss verschiedener Rationalitäten. So bemängelt beispielsweise Wendy Brown (2011, 47f.), dass Öffentlichkeit heute überwiegend von »unternehmerischen« Denkweisen beherrscht und kaum noch von »demokratischen Prinzipien« geprägt sei, die es aus einer moralischen Perspektive heraus jedoch erst ermöglichten, die Teilhabe aller Bürger am gemeinsamen Entscheidungsprozess zu einem gesellschaftlichen Leitbild werden zu lassen.

Im Zentrum der Ausführungen radikaldemokratischer Autoren steht auch die Auffassung, dass Demokratien agonal verfasst sind. Demokratische Auseinandersetzungen über die angemessene Einrichtung des Gemeinwesens ließen sich nicht

in transzendentalen Rechts- oder Vernunftprinzipien verankern, das Streben nach Konsens und Einigkeit gleiche dem Verfolgen einer Illusion (Heil/Hetzel 2006, 9; Mouffe 1993, 5ff.). Aus dieser Prämisse ergibt sich die Forderung, dass angesichts der Kontingenz jeder gesellschaftlichen Ordnung der Ort der Macht aus demokratischer Perspektive »leer« bleiben muss (Lefort 1990), dass Demokratie als stets »im Kommen« begriffen wird (Derrida 2003) und dass dem Agonismus eine besondere Rolle zukommt (Mouffe 1993, 2007). Entsprechend kann die Konfliktivität neben der Offenheit und Gleichheit als ein drittes Merkmal des normativen Öffentlichkeitsmodells der radikalen Demokratietheorie bzw. des Postmarxismus rekonstruiert werden:

»For a radical and plural democracy, the belief that a final resolution of conflict is eventually possible, even if envisaged as an asymptotic approach to the regulatory ideal of a free and unconstrained communication, as in Habermas, far from providing the necessary horizon of the democratic project, is something that puts it at risk« (Mouffe 1993, 8).

Wie diese Übersicht über drei zentrale Modelle von Öffentlichkeit und ihre Zusammenfassung in Tabelle 1 aufzeigen, gibt es keinen Konsens in der zeitgenössischen Demokratietheorie über Qualitätskriterien der öffentlichen Debatte. Während der Liberalismus vor allem die freiheitlichen Aspekte der kommunikativen Sphäre fokussiert, legen diskursorientierte TheoretikerInnen darüber hinaus anspruchsvolle Kriterien an die Inhalte und Ergebnisse der politischen Öffentlichkeit an. Für radikaldemokratische AutorInnen hingegen steht das emanzipative und verändernde Potential der politischen Öffentlichkeit im Vordergrund – institutionelle Merkmale wie die Gewährung von Pressefreiheit hingegen rücken in den Hintergrund. Entsprechend unterscheiden sich auch die Bewertungen verschiedener Entwicklungen politischer Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter innerhalb der normativen Demokratietheorie. Im Folgenden werden exemplarisch einige zentrale Entwicklungsprozesse dargestellt und theoretisch eingeordnet.

Tabelle 1: Gegenüberstellung der drei normativen Modelle von Öffentlichkeit. Eigene Darstellung in Anlehnung an Ritti (2014, 194).

	Spiegelmodell von Öffentlichkeit	Diskursives Modell von Öffentlichkeit	Modell politisierender Öffentlichkeit
1. Wers soll kommunizieren und was soll repräsentiert sein?			
<i>Arenenbesetzung/thematische Offenheit</i>	Repräsentationsmodell, Akteurs- und Meinungsvielfalt sollen durch Offenheit gespiegelt werden.	Partizipationsmodell, »Zentrums-« und v.a. auch »Peripherie-Akteure«, insbesondere Vertretung zivilgesellschaftlicher Sprecher. Dient u.a. thematischer Offenheit.	Integrationsmodell, Öffentlichkeit dient der Konstitution des Politischen, v.a. Themen und Akteure sollen öffentlich sichtbar werden, die noch nicht politisch einflussreich sind.
2. Wie soll kommuniziert werden?			
<i>Normative Standards öffentlicher Kommunikation</i>	Anerkennung der anderen als Freie und Gleiche	Deliberatives Kommunikationsideal.	Konflikte sollen sichtbar werden, Kommunikation muss nicht diskursiv und konsensorientiert sein.
3. Welche Ergebnisse sollen erreicht werden?			
<i>Thematisch/inhaltlich</i>	Transparenz, wenn möglich Kompromissfindung.	Konsens oder argumentativ gestützte Mehrheitsmeinung.	Konsens nicht wünschenswert; Verhinderung von Antagonismus (Mouffe).
<i>Wirkung auf die Gesellschaft</i>	Identifikation des Mehrheitswillens.	Legitimations- und Integrationsfunktion.	Austragen von Konflikten, Politisierung.

5. Politische Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter

Die Digitalisierung hat zu einer Entfesselung der politischen Öffentlichkeit geführt – was in der Literatur zunächst überwiegend als Befreiungsschlag gefeiert wurde (vgl. u.a. Rheingold 1994; Barber 1998; Dahlgren 2005; Bennett 2003; Turner 2013; Papacharissi 2015). Wie vielfältig und fundamental der Wandel der gesellschaftlichen Kommunikation ist, wurde dabei allerdings oft unterschätzt. Stattdessen führten die Überwindung von durch Zeilenangaben, Seitenzahlen oder Sendezeiten begrenzten Umfängen und die Öffnung neuer Diskursräume, in denen eine weit größere Zahl von Beteiligten kommunikative Inhalte binnen kürzester Zeit empfangen und senden konnte, zu großem Optimismus hinsichtlich der demokratischen Wirkungen digitaler Kommunikationskanäle (Fung 2013).

Tatsächlich erscheinen bestimmte Merkmale des Wandlungsprozesses der politischen Öffentlichkeit vor allem aus liberaler Perspektive vielversprechend: Die unendlichen Weiten des Internets bieten jeder und jedem von uns die Chance zur öffentlichen Artikulation. Das Sender-Empfänger-Modell der klassischen Massenmedien wird ergänzt um vielfältige und vielstimmige Foren, welche Diskussion und Deliberation ohne räumliche Begrenzungen erlauben. Und das Angebot an politischen Informationen, Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten ist durch digitale Technologien unbegrenzt und vielfältiger denn je geworden.

Auch die deliberative Demokratie kann von der Anwendung digitaler Technologien profitieren: So ist die Literatur über »online deliberation« bereits heute kaum noch zu überblicken (vgl. u.a. Coleman/Moss 2012; Witschge 2004; Davies/Gangadharan 2009) und angesichts der vielfältigen Möglichkeiten, Diskurse vermittelt über oder unterstützt durch kommunikative Hilfsmittel zu führen, liegt in der Erforschung politischer Diskurse und Diskursarenen ein zentrales Analysefeld der politischen Öffentlichkeitsforschung begründet. Beth Noveck (2009) hat beispielsweise die Etablierung eines »Wikigovernments« vorgeschlagen, das durch Kollaboration der BürgerInnen eine epistemische Verbesserung demokratischer Entscheidungen bewirken soll. Prominente AutorInnen wie James Fishkin (2009) sehen in Online-Tools eine wichtige Perspektive zur Ausweitung deliberativer »mini-publics«.

Gleichzeitig setzt sich die deliberative Theorie mittlerweile auch intensiv mit den Schattenseiten der »communicative plenty« (Ercan/Hendricks/Dryzek 2018) auseinander: Die Wissenschaftler diagnostizieren eine massive Expansion der Möglichkeiten zu Kommunikation und Information (online und face-to-face) und stellen die Frage, ob und unter welchen Bedingungen diese Entwicklung der politischen Öffentlichkeit bekommt. »For citizens, communicative plenty means there is much to access, understand, digest, listen to, reflect upon and discuss. For decision makers, communicative plenty means much more noise but also

more discursive opportunities« (ebd., 4). Während diese Entwicklung für liberale TheoretikerInnen primär eine Ausweitung von Möglichkeits- und Freiheitsräumen darstellt, fokussieren AutorInnen aus dem Kreis der deliberativen Theorie auf die damit verbundene Herausforderung der gesellschaftlichen Integration.

Eine zentrale Problematik der gewandelten politischen Öffentlichkeit liegt entsprechend für die deliberative Perspektive in ihrer zunehmenden Fragmentierung. Während der politische Entscheidungsraum weiterhin überwiegend staatlich organisiert ist (mit einer Tendenz zur supranationalen Integration), wird die Integration einer diesen Strukturen entsprechenden politischen Gemeinschaft zunehmend schwierig. Stattdessen ist zu befürchten, dass eine wachsende Zahl von BürgerInnen die Angebotsvielfalt des Internets nutzen könnte, um sich in »Echokammern« (Pariser 2012; Quattrociocchi 2017; Smith 2017) zurückzuziehen – und auch die Informationsvermeidung wird mit Hilfe digitaler Technologien vereinfacht, die neben gesellschaftlich-politischen Informationsangeboten beispielsweise auch eine Fülle reiner Entertainment-Angebote offerieren (Marzinkowski et al. 2019). Auch wenn die Bedeutung von Echokammern für den demokratischen Prozess aktuell nicht überschätzt werden sollte (Dubois/Blank 2018), liegt in der wachsenden Fragmentierung eine Herausforderung für die Demokratie, welche die Politikwissenschaft in den nächsten Jahren im Auge behalten sollte. Denn nicht nur persönliche Interessen können die Individuen dazu verleiten, sich aus der breiten Kommunikation über gesamtgesellschaftlich relevante Fragen zurückzuziehen, die Unterteilung der Gesellschaft in distinkte »Zielgruppen« entspricht auch einer marktwirtschaftlichen Logik.

Dies zu reflektieren ist angesichts der ökonomischen Dominanz weniger großer Technologiefirmen, v.a. mit Blick auf die Internet-Öffentlichkeit, von wachsender Bedeutung. Firmen wie Google, Facebook oder Amazon sind bereits heute marktbeherrschend und drohen in der Konsequenz auch die politische Öffentlichkeit im Sinne von Habermas (1990) zu »vermachten«. Mit der Publikation des Buches »The Net Delusion« (2011) zählt Evgeny Morozov zum Kreis jener AutorInnen, die schon früh auf die »dunkle Seite der Internetfreiheit« (ebd.) hinwiesen. Mit dem Skandal um Cambridge Analytica hat die wissenschaftliche Diskussion über neue Formen von Propaganda und andere, v.a. Web 2.0-gestützte, Wahlkampftechniken an Bedeutung gewonnen (vgl. u.a. Persily 2017).

Zum Kreis der ökonomischen Verlierer im »digitalen Zeitalter« zählen hingegen nennenswerte Teile der »klassischen« Massenmedien. Nicht zuletzt die Nutzung regionaler Zeitungsangebote unterliegt seit einigen Jahren einem gravierenden Schrumpfungsprozess (vgl. u.a. Pürer 2015, 67ff.), der nicht ohne Konsequenzen für den Grad der lokal- und regionalpolitischen Informiertheit vieler (v.a. junger) BürgerInnen bleibt. So weist beispielsweise die 2018 veröffentlichte Jugendmedienstudie aus, dass sich nur noch 10 Prozent der jungen Erwachsenen politisch über Zeitungen und Zeitschriften informieren.

Die vergleichsweise geringe (wenn auch nach wie vor durchaus relevante) Bedeutung journalistischer »gatekeeper« in digitalen Medien verstärkt das Informationsproblem, da der Grad der Zuverlässigkeit rezipierter Informationen sinkt. Möglichkeiten zur unprofessionellen, noch dazu anonymen und unpersönlichen Kommunikation sind ein Einfallstor für unaufrechte, einseitige und manipulative Kommunikationsformen – von denen teilweise nicht einmal klar sein muss, ob sie von Bots oder von Personen eingestellt und/oder verteilt wurden. Dies kann nicht nur zu einer Vertrauenskrise der BürgerInnen gegenüber der politischen Öffentlichkeit führen (Pleil 2012, 15f.), sondern eröffnet auch neue Manipulationsmöglichkeiten (Stichwort: fake news). Hinzu kommt, dass die Online-Angebote selbst etablierter Medienunternehmen stärker entlang ökonomischer Kennzahlen agieren als die »Offline-Angebote« und Aktualität als Nachrichtenfaktor gegenüber dem Kriterium der Relevanz an Bedeutung gewinnt. So befördert die durch digitale Technologien möglich gewordene systematische und regelmäßige Publikumsforschung einen Journalismus, der sich weniger an dem ausrichtet, was wichtig ist, sondern stärker an dem, was neu ist und gefällt (Weischenberg et al. 2006, 143). Auch dies kann zu Verzerrungen führen, die dem demokratischen Willensbildungsprozess nicht dienlich sind (Wolin 2008, 7ff.; Spiller et al. 2017, 6ff.; Rosa 2003).⁴

Das lineare Fernsehen, einst das mit Abstand wichtigste politische Leitmedium, unterliegt einem gravierenden Bedeutungsverlust – der jedoch neben der Konkurrenz durch Online-Angebote auch auf andere Ursachen zurückzuführen ist (Ritzi 2018). Nicht nur verlagert sich die Nutzung zunehmend auf Online-Mediatheken, Anbieter wie Netflix substituieren zunehmend den klassischen TV-Konsum – diese sind jedoch im Vergleich zu klassischen Rundfunkanbietern an vergleichsweise wenige gesetzliche Informationsvorgaben gebunden.

All das führt dazu, dass es für die Rezipienten oder NutzerInnen zunehmend schwierig wird, sich aus dem Strom der kommunikativen Angebote ein umfassendes und angemessenes Abbild der Wirklichkeit, zentraler Positionen und wichtiger Argumente zusammenzusetzen. Die Bedeutung massenmedial vermittelter Informationen für die Meinungsbildung kann in der Folge langfristig sinken. Lance Bennett und Shanto Iyengar (2008) haben vor diesem Hintergrund die »New Era of Minimal Effects« ausgerufen: Während die Effekte der Kommunikation von klassisch massenmedial agierenden Anbietern auf die Meinungsbildung sinken, steigt der Einfluss von Kommunikation in Netzwerken oder anderen interaktiven Foren. Individualkommunikation – oder in der Terminologie von Andreas Reckwitz (2017):

4 Eine ähnlich gerichtete qualitative Differenz ließ sich bereits in früheren Vergleichen von Tages- und Wochenzeitungen, öffentlich-rechtlichen und privaten TV-Angeboten nachweisen. Mit dem Einflussverlust vor allem der Tageszeitungen setzt sich also ein Trend fort, der aus demokratietheoretischer Perspektive problematisch ist.

singularisierte Kommunikation – gewinnt gegenüber der Massenkommunikation an Bedeutung. Die von Reckwitz (ebd.) konstatierte »Krise des Allgemeinen in der Gesellschaft« ist also nicht zuletzt das Ergebnis einer zunehmend dysfunktionalen politischen Öffentlichkeit – und eine entsprechende Dysfunktionalität widerspricht selbst den vergleichsweise geringen Anforderungen des liberalen Spiegelmodells.

Gemäß der deliberativen Demokratietheorie ist zeitgenössische Demokratie auf politische Öffentlichkeit als einen Ort nicht nur der Freiheit, sondern auch der Rationalität angewiesen – und zwar nicht nur einer formalen Rationalisierung. Es gilt also, einen Raum des Vernünftigen sozial, kulturell und politisch Geteilten aufzuspannen, der nicht überwiegend durch ökonomische Logik determiniert wird. Bislang ist das digitale Zeitalter hingegen primär von ökonomischer Rationalität und vom Prosperieren eines liberalen Marktplatzes der Ideen geprägt. Aus Sicht der deliberativen Theoretiker wird vor diesem Hintergrund die Frage zentral, wie man vernunftorientierte Alternativen zur ökonomisch-liberalen Rationalität stärken kann. Potential dazu bieten die digitalen Technologien – die Ausschöpfung dieser Möglichkeiten bleibt jedoch eine Herausforderung für die politische Wissenschaft und Praxis.

Aus Sicht der radikalen Demokratietheorie, in deren Zentrum die Kritik an erstarrten Institutionen, Strukturen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen steht, ruhen die digitalen Hoffnungen vor allem auf der Offenheit des Mediums Internet. Diese ergibt sich nicht nur aus seiner Grenzenlosigkeit, sondern auch aus dem – verglichen mit der traditionellen massenmedialen Publikationswelt – geringeren Institutionalisierungsgrad des Zugangs zu öffentlichen Sprecherrollen in der Online-Welt. Mittlerweile gibt es vielfältige Beispiele dafür, wie neue Medien dazu beitragen können, etablierte Akteure, soziale und politische (Macht-)Verhältnisse zu hinterfragen und neuen bzw. zuvor wenig einflussreichen Positionen und Akteuren, zu öffentlicher Sichtbarkeit und politischem Einfluss zu verhelfen. Als Beispiele können der Einfluss von Tweets auf den Verlauf des so genannten »arabischen Frühlings«, die #MeToo-Debatte und jüngst auch das Anti-CDU-Video des Youtubers Rezo genannt werden – aber auch grundlegend kann konstatiert werden, dass das Internet sich in den letzten zwei Jahrzehnten als Medium des Protests, des Konflikts und alternativer Politik etabliert hat. Dabei ist nicht nur an das starke Online-Engagement vieler rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien zu denken (Barlen et al. 2014), auch linke politische Positionen profitieren von der Verbreitung via Internet: »Without this technology [...], much alter-globalisation politics it would simply not happen«, konstatiert beispielsweise Dahlgren (2007, 55).

Auch die zunehmende Bedeutung visueller Kommunikation in der zeitgenössischen Öffentlichkeit (Müller/Knieper 2006), wird von radikaldemokratischen AutorInnen wie Jacques Rancière goutiert. Sie ist gemäß dieser Perspektive kein Aus-

druck von Oberflächlichkeit, sondern kann als »Ästhetisierung« gelten: »Es gibt eine Politik der Ästhetik, in dem Sinn, dass neue Formen der Zirkulation von Wörtern, der Ausstellung des Sichtbaren und der Erzeugung von Affekten neuen Fähigkeiten bestimmen, die mit der alten Konfiguration des Möglichen brechen« (Rancière 2009, 78). Dem Ideal einer »Demokratie im Werden« entsprechen nicht nur solche Wandlungsprozesse an und für sich – sondern auch konkrete Strukturmerkmale der »neuen« Öffentlichkeit können mit der radikalen Demokratietheorie positiv bewertet werden.

Anders als deliberative AutorInnen betrachten radikale DemokratietheoretikerInnen das zunehmende Auseinanderdriften politischer Gesellschaften und öffentlicher Diskurse also nicht negativ, sondern betonen die Bedeutung des Dissens, der Hinterfragung und Destabilisierung etablierter Machtstrukturen. Nicht-demokratisch erscheint aus dieser Perspektive jedoch – ebenso wie dies im liberalen und deliberativen Modell der Fall ist – die ökonomische Machtkonzentration in den Händen weniger Firmen. Ihre vorherrschende Stellung zu brechen scheint aus Sicht der Demokratietheorie geboten.

6. Fazit

Politische Öffentlichkeit wandelt sich im digitalen Zeitalter in vielerlei Hinsicht und diese Wandlungsprozesse sind von großer Bedeutung für die Qualität und Funktionsfähigkeit von zeitgenössischer Demokratie. Die Vielfalt der neuen politischen Diskurse, ihre Tiefe, thematische Breite und die hohe Zahl der Akteure zählen zu den Stärken politischer Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter – die geringe Integrationskraft und ihr drohender Zerfall in unverbundene (Teil-)Öffentlichkeiten hingegen geben Anlass zur Sorge.

Allerdings, und auch dies sollte anhand des Beitrags verdeutlicht werden, werden konkrete Wandlungsprozesse von politischer Öffentlichkeit zum Teil höchst unterschiedlich bewertet. So finden sich konkurrierende und widerstreitende normative Konzeptionen in der Literatur – hier wurden das liberale Spiegelmodell, das diskursive Modell und das radikaldemokratische Modell politischer Öffentlichkeit näher beleuchtet – deren Funktionszuschreibungen und Qualitätskriterien sich stark unterscheiden. Zu den Aufgaben zeitgenössischer politischer Öffentlichkeitsforschung zählt somit nicht nur die Analyse konkreter Konstitutionsformen und Veränderungen der öffentlichen Sphäre am Beginn des 21. Jahrhunderts, sondern auch die theoretische Weiterentwicklung und empirische Überprüfung demokratietheoretischer Konzeptionen von Öffentlichkeit.

Öffentlichkeit ist heute einerseits ein prägendes Merkmal moderner Gesellschaften, während die Garantie privater Räume eine im Kontext demokratischer Staaten zunehmend schwierig zu gewährleistende Aufgabe ist (Becker/Seubert in

diesem Band; Ritz 2017). Andererseits ist es nicht mehr selbstverständlich, dass die politische Öffentlichkeit sich – ohne bzw. im Rahmen der bestehenden staatlichen Steuerungsmaßnahmen – derart konstituiert, dass sie klassische demokratische Funktionen übernehmen kann. Dies gilt insbesondere für die Integration der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund müssen Beiträge zur zeitgenössischen Demokratietheorie verstärkt darüber reflektieren, welche Funktionszuschreibungen sie an politische Öffentlichkeit adressieren und welchen Beitrag Politik und Staatlichkeit, auch in Abwägung konfligierender Normen und Rechte, dazu leisten, damit politische Öffentlichkeit diese Aufgaben erfüllen kann.

Literaturverzeichnis

Ackerman, Bruce (1989): Why Dialogue? In: *The Journal of Philosophy* 86 (1), S. 5–22.

Barber, Benjamin (1998): Wie demokratisch ist das Internet? URL: <https://www.heise.de/tp/features/Wie-demokratisch-ist-das-Internet-3446176.html> (18.7.2019).

Barlen, Julian/Brandstetter, Marc (2014): Fremdenfeindlich 2.0 – Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der digitalen Welt. In: Decker/Henningsen/Jakobsen (Hg.): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Band. 2. Baden-Baden, S. 303–320.

Becker, Carlos/Seubert, Sandra (2019): Die Stärkung europäischer Grundrechte im digitalen Zeitalter: demokratiepolitische Potentiale am Beispiel des Privatheitsschutzes. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 241–262.

Bennett, Lance (2003): New Media Power: The Internet and Global Activism. In: Couldry/Curran (Hg.): *Contesting Media Power*. Rowman und Littlefield, S. 17–38.

Bennett, Lance W./Iyengar, Shanto (2008): A New Era of Minimal Effects? The Changing Foundations of Political Communication. In: *Journal of Communication* 58 (4), S. 707–731.

Brown, Wendy (2011): »We are all democrats now...«. In: Agamben et al. (Hg.): *Democracy in What State?* New York, S. 44–57.

Coleman, Stephen/Moss, Giles (2012): Under Construction: The Field of Online Deliberation Research. In: *Journal of Information Technology & Politics* 9 (1), S. 1–15.

Comtesse, Dagmar et al. (2019): *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*. Berlin.

Comtesse, Dagmar/Meyer, Katrin (2011): Plurale Perspektiven auf die Postdemokratie. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 2 (1), S. 63–75.

Dahlgren, Peter (2005): The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and Deliberation. In: *Political Communication* 22 (2), S. 147–162.

Dahlgren, Peter (2007): Civic Identity and Net Activism: The Frame of Radical Democracy. In: Dahlberg/Siapera (Hg.): *Radical Democracy and the Internet. Interrogating Theory and Practice*. Hounds Mills u.a., S. 55–72.

Davies, Todd/Peña Gangadharan, Seeta (2009) (Hg.): *Online Deliberation. Design, Research, and Practice*. Chicago.

Derrida, Jacques (2003): *Schurken*. Frankfurt a.M.

Dubois, Elizabeth/Blank, Grant (2018): The echo chamber is overstated: the moderating effect of political interest and diverse media. In: *Information, Communication & Society* 21 (5), S. 729–745.

Ercan, Selen/Hendriks, Carolyn/Dryzek, John (2018): Public deliberation in an era of communicative plenty. In: *Policy & Politics* 47 (1), S. 19–36.

Fishkin, James (2009): Virtual Public Consultation. Prospects for Internet Deliberative Democracy. In: Davies/Peña Gangadharan (Hg.): *Online Deliberation. Design, Research, and Practice*. Chicago, S. 23–36.

Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (2004): Die Rückkehr des Politischen. In: Flügel/Heil/Hetzel (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen*. Darmstadt, S. 7–16.

Fung, Archon (2013): Infotopia: Unleashing the Democratic Power of Transparency. In: *Politics & Society* 41 (2), S. 183–212.

Gerhards, Jürgen (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34, S. 77–105.

Gerhards, Jürgen (1997): Diskursive versus liberale Öffentlichkeit. Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49, S. 1–39.

Gerhards, Jürgen (1998a): Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen. In: Jarren/Krotz (Hg.): *Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen*. Baden-Baden, S. 25–48.

Gerhards, Jürgen (1998b): Öffentlichkeit. In: Jarren/Sarcinelli/Saxer (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Opladen und Wiesbaden, S. 694–695.

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1998): Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen.

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1998): Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen.

Habermas, Jürgen (1990 [1962]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuaufgabe. Frankfurt a.M.

Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.

Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (2006): Die unendliche Aufgabe. In: Heil/Hetzel (Hg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*. Bielefeld, S. 7–24.

Imhof, Kurt (2008): *Theorie der Öffentlichkeit als Theorie der Moderne*. Wiesbaden.

Ingold, Albert (2017): *Digitalisierung demokratischer Öffentlichkeiten*, *Der Staat* 56 (4), S. 491–533.

Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2011): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung*. 3. Auflage. Wiesbaden.

Kersting, Norbert (2005): The quality of political discourse: Can E-discussion be deliberative? Paper at Annual Conference of the British Political Studies Association Leeds 5.–7. April 2005.

Kersting, Norbert 2017: Online Partizipation und Medienkompetenz- Kann man Netiquette lernen. In: Gapski et al. (Hg.): *Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politischen Bildung und Medienbildung*. Berlin, S. 63–72

Kersting, Norbert (2019): Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung– Status Quo und Zukunft. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 105–121.

Lang, Sabine (2001): *Politische Öffentlichkeit im modernen Staat*. Baden-Baden.

Lefort, Claude (1990): Die Frage der Demokratie. In: Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt a.M., S. 281–297.

Lippman, Walter (1997 [1922]): *Public Opinion*. New York.

Luhmann, Niklas (1990): *Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung*. In: Luhmann (Hg.): *Soziologische Aufklärung*. 5. Konstruktivistische Perspektiven. Opladen, S. 170–182.

Luhmann, Niklas (2000): *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.

Luhmann, Niklas (2010): *Die Realität der Massenmedien*. 4. Auflage. Wiesbaden.

Marchart, Oliver (2007): Eine demokratische Gegenhegemonie. Zur neo-gramscianischen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe. In: Fischer-Lescano/Buckel (Hg.): »Hegemonie gepanzert mit Zwang«. *Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis von Antonio Gramsci*. Baden-Baden, S. 105–120.

Marcinkowski, Frank (1993): *Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse*. Opladen.

Martinsen, Renate (2009): Öffentlichkeit in der »Mediendemokratie« aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In: Pfetsch/Marcinkowski (Hg.): *Politik in der Mediendemokratie. Politische Vierteljahresschrift – Sonderheft 42*, S. 37–69.

Marx Ferree, Myra et al. (2002): Four models of the public sphere in modern democracies. In: *Theory and Society* 31 (3), S. 289–324.

Marzinkowski, Hanna et al. (2019): Kein »Like« für die Politik – Eine Erklärung der Nichtnutzung politischer Partizipationsangebote bei Facebook. In: Engelmann/Legrand/Marzinkowski (Hg.): *Politische Partizipation im Medienwandel*. Berlin, S. 247–273.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2018): *JIM-Studie 2018. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger*. Stuttgart.

Müller, Marion G./Knieper, Thomas (2006): Editorial zu dieser Ausgabe. In: *Publizistik* 51 (1), S. 1–2.

Morozov, Evgeny (2011): *The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom*. London u.a.

Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*. London und New York.

Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt a.M.

Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 34, S. 7–41.

Noelle-Neumann, Elisabeth (2002): Öffentliche Meinung. In: Noelle-Neumann/Schulz/Willke (Hg.): *Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation*. Frankfurt a.M., S. 393–409.

Noveck, Beth S. (2009): *Wiki Government: How Technology Can Make Government Better, Democracy Stronger, and Citizens More Powerful*. Washington.

Papacharissi, Zizi (2015): *Affective Publics. Sentiment, Technology, and Politics*. Oxford.

Pariser, Eli (2012): *The Filter Bubble. What The Internet Is Hiding From You*. London.

Persily, Nathaniel (2017): The 2016 U.S. Election: Can Democracy Survive the Internet? In: *Journal of Democracy* 28 (2), S. 63–76.

Peters, Bernhard (1993): *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt a.M.

Peters, Bernhard (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M.

Peters, Bernhard/Schultz, Tanjev/Wimmel, Andreas (2007 [2004]): Publizistische Beiträge zu einer diskursiven Öffentlichkeit. In: Peters (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M., S. 203–247.

Pleil, Thomas (2012): Kommunikation in der digitalen Welt. In: Zerfaß/Pleil (Hg.): *Handbuch Online-PR*. Konstanz, S. 17–37.

Pürer, Heinz (2015): *Medien in Deutschland: Presse – Rundfunk – Online*. Konstanz.

Quattrociocchi, Walter (2017): Inside the Echo Chamber. How conspiracy theories spread online – and what can be done to stop them. In: *Scientific American* 316 (4), S. 60–63.

Rancière, Jacques (1996): Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou/Rancière (Hg.): *Politik der Wahrheit*. Wien, S. 119–156.

Rancière, Jacques (2008): Zehn Thesen zur Politik. Zürich und Berlin

Rancière, Jacques (2009): *Der emanzipierte Zuschauer*. Wien.

Rawls, John (1993): *Political Liberalism*. New York.

Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Frankfurt a.M.

Rheingold, Howard (1994): *Virtuelle Gemeinschaft: Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers*. Bonn.

Ritzi, Claudia (2018): Gegen die Post-Demokratie: Die öffentlich-rechtlichen Medien im digitalen Zeitalter. In: ORF: *Der Auftrag Demokratie. Public Value Studie* (Hg.). Wien, S. 27–48.

Ritzi, Claudia (2017): Alte Sphären – neue Dimensionen. Die Politisierung von Privatheit im digitalen Zeitalter. In: Jacob/Thiel (Hg.): *Politische Theorie und Digitalisierung*. Baden-Baden, S. 83–112.

Ritzi, Claudia (2014): Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven. Wiesbaden.

Rosa, Hartmut (2003): Social Acceleration: Ethical and Political Consequences of a Desynchronized High-Speed Society. In: *Constellations* 10 (1), S. 3–33.

Rössler, Beate (2001): *Der Wert des Privaten*. Frankfurt a.M.

Sarcinelli, Ulrich (2011): *Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System*. 3. Auflage. Wiesbaden.

Smith, Trevor G. (2017): *Politicizing Digital Space. Theory, the Internet and Renewing Democracy*. Westminster.

Spiller et al. (2018): Online-Medien/Netzmedien als journalistische Angebote In: Krone/Pellegrini (Hg.): *Handbuch Medienökonomie*. Wiesbaden, S. 1–17.

Turner, Eric (2013): New Movements, Digital Revolution, and Social Movement Theory. In: *Peace Review: A Journal of Social Justice* 25 (3), S. 376–383.

Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz.

Weßler, Harmut/Wingert, Lutz (2007): Der Sinn von Öffentlichkeitsforschung: Worum es Bernhard Peters ging. Eine Einleitung. In: Peters: *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M., S. 11–27.

Witschge, Tamara (2004): Online Deliberation: Possibilities of the Internet for Deliberative Democracy In: Shane (Hg.): *Democracy Online. The Prospects for Political Renewal Through the Internet*. New York und London, S. 109–122.

Wolin, Sheldon S. (2008): Democracy Incorporated. Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism. Princeton.